Andreas Sattler Hans-Joachim Broll Sebastian Kaufmann

# Der Ingenieur als GmbH-Geschäftsführer

Grundwissen, Haftung, Vertragsgestaltung

6., aktualisierte und ergänzte Auflage





## Der Ingenieur als GmbH-Geschäftsführer

6., aktualisierte und ergänzte Auflage

Andreas Sattler • Hans-Joachim Broll Sebastian Kaufmann

## Der Ingenieur als GmbH-Geschäftsführer

Grundwissen, Haftung, Vertragsgestaltung

6., aktualisierte und ergänzte Auflage



Dipl.-Wirt.-Ing. Andreas Sattler Sattler & Partner AG Künkelinstr. 49, 73614 Schorndorf Deutschland info@sattlerundpartner.de

Dr. Hans-Joachim Broll Kanzlei Dr. Broll, Dr. Seid, Kaufmann & Partner Kleiner Schlossplatz 13-15, 70173 Stuttgart Deutschland kontakt@bskp-stuttgart.de Sebastian Kaufmann Kanzlei Dr. Broll, Dr. Seid, Kaufmann & Partner Fetscherstraße 29, 01307 Dresden Deutschland kontakt@bskp-dresden.de

ISBN 978-3-540-72022-5 e-ISBN 978-3-540-72023-2 DOI 10.1007/978-3-540-72023-2 Springer Heidelberg Dordrecht London New York

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 1995, 1998, 2001, 2005, 2010

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfäll nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Einbandentwurf: WMXDesign GmbH, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem Papier

Springer ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com).

### Vorwort zur 6. Auflage

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist die beliebteste Rechtsform klein- und mittelständischer Unternehmer. Seit dem Inkrafttreten der GmbH-Reform am 01.11.2008 und der Unternehmenssteuerreform 2008 hat die GmbH sogar noch an Bedeutung gewonnen. Viele der kleinen und mittelständischen Unternehmen sehen in der GmbH aufgrund der Haftungsbegrenzung auf das Stammkapital die ideale Rechtsform, unabhängig davon, ob das Unternehmen in der Technologie-, Handels- oder Dienstleistungsbranche tätig ist.

Der Preis für die Erlangung der Haftungsbeschränkung ist jedoch die Einhaltung von "Spielregeln", die der Gesetzgeber und die Rechtsprechung vor allem für GmbH-Geschäftsführer als handelnde Personen immer wieder konkretisieren und teilweise verschärfen.

Die Geschäftsführer dieser Gesellschaften sind i. d. R. nicht Juristen oder Kaufleute im Sinne des Handelsgesetzbuches (HGB), sondern Ingenieure, Techniker oder Naturwissenschaftler mit entsprechender Ausbildung. Viele dieser Unternehmensleiter hatten keine oder nur eingeschränkt Gelegenheit, sich neben dem Tagesgeschäft zusätzlich noch um die juristischen Grundlagen und Belange im Zusammenhang mit der Führung einer GmbH zu kümmern. Dies hat in der Praxis immer wieder dazu geführt, dass sich der technisch oder naturwissenschaftlich ausgebildete Geschäftsführer mit Umständen konfrontiert sieht, die im ungünstigsten Fall zu seiner persönlichen Haftung trotz der angestrebten Haftungsbeschränkung der GmbH führen können.

Nach den Vorstellungen des Gesetzgebers kann Geschäftsführer einer GmbH jede natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Person sein. Die Bestellung erfordert keinen Nachweis bezüglich einer Mindestqualifikation. Dennoch erwarten Gesetzgeber und die Rechtsprechung, dass Geschäftsführer sich der Rechte und Pflichten ihres Amtes bewusst sind und sich hierüber hinreichend informieren.

Diesen Personenkreis spricht das vorliegende Buch an. Es soll dem geschäftsführenden Nicht-Juristen ein leicht verständlicher Leitfaden sein und ihm eine praxisorientierte Übersicht zur Vermeidung von Haftungsfallen und sonstigen Rechtsverstößen an die Hand geben.

Zunehmend erlangt auch die neu eingeführte Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) an Bedeutung, die als Gründungsvariante der GmbH auch im GmbHG

geregelt ist und für welche die folgenden Ausführungen im Wesentlichen ebenso gelten. Die haftungsbeschränkte Unternehmergesellschaft bietet eine Einstiegsvariante der GmbH und ist für Existenzgründer interessant, die zu Beginn ihrer Tätigkeit wenig Stammkapital haben oder benötigen. Bei der haftungsbeschränkten Unternehmergesellschaft handelt es sich nicht um eine neue Rechtsform, sondern um eine GmbH, die ohne bestimmtes Mindeststammkapital gegründet werden kann. Die Besonderheiten, die es hier zu beachten gilt, werden ebenfalls behandelt.

Für die tatkräftige und kompetente Unterstützung bei der Erstellung des Rechnungslegungs- und des steuerrechtlichen Teils (Rechtsstand November 2009) bedanken wir uns herzlich bei Frau Dipl.-Kauffrau (FH) Sandra Baum. Herrn Rechtsanwalt Christian Franz, Fachanwalt für Steuerrecht sowie Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht, danken wir für seine Unterstützung beim Erstellen der rechtlichen Kapitel.

Schorndorf Stuttgart Dresden, im März 2010 Andreas Sattler Hans-Joachim Broll Sebastian Kaufmann

## Inhalt

1	Die	GmbH-Gründung	1			
	1.1	Die Gründungsphasen	1			
		1.1.1 Vorgründungsgesellschaft	1			
		1.1.2 Vor-GmbH				
	1.2	Das Gründungsverfahren				
	1.3	Die Firmierung	4			
		č				
2	Die	Organe der GmbH	7			
	2.1	<u> </u>	7			
		2.1.1 Auskunfts- und Einsichtsrecht der Gesellschafter				
		nach § 51a GmbHG	9			
		2.1.2 Sonderprüfung gemäß § 46 Nr. 6 GmbHG	9			
	2.2	Der Geschäftsführer	10			
		2.2.1 Der Geschäftsführer als Organ	10			
		2.2.2 Die Rechtsstellung des Geschäftsführers				
		2.2.3 Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers				
		2.2.4 Vertretung der Gesellschaft durch den Geschäftsführer				
		2.2.5 Der Geschäftsführerdienstvertrag				
	2.3		15			
3	Sor	Sorgfaltspflichten und andere Grundsätze für den Geschäftsführer 1				
	3.1	Weisungsgebundenheit des Geschäftsführers	17			
	3.2	Nichtübertragbarkeit von Geschäftsführerbefugnissen				
	3.3	Sorgfaltsmaßstab				
	3.4	e				
	3.5					
4	Das	Kapital als Haftungsgrundlage	21			
	4.1					
		4.1.1 Bargründung				
		4.1.2 Sachgründung				
		4.1.3 Verdeckte Sacheinlage				
		4.1.4 Wirtschaftliche Neugründung				

viii Inhalt

	4.2	Stammkapitalerhaltung	25					
	4.3	Nachschusspflicht	26					
_			29					
5		Die Haftung des Geschäftsführers						
	5.1		31					
	5.2		33					
	5.3	Haftung gegenüber Dritten						
		5.3.1 Produktverantwortung						
		5.3.2 Haftung aus unerlaubter Handlung						
		5.3.3 Haftung gegenüber Sozialversicherungsträgern	35					
		5.3.4 Rechtsscheinhaftung und Verschulden bei Vertragsschluss	36					
		5.3.5 Haftung gegenüber dem Finanzamt	37					
	5.4	$\boldsymbol{\varepsilon}$						
	5.5	Beweislastumkehr und Verschuldensvermutung	42					
	5.6	Haftungsvermeidungsstrategien	44					
	5.7	Haftungsbeschränkung zwischen Geschäftsführer						
		und Gesellschaft	45					
	5.8	Vermögensschaden-Haftpflichtversicherungen	46					
	5.9	Rechtsschutzversicherungen	47					
	5.10	Entlastung und Generalbereinigung	47					
	5.11		48					
		5.11.1 Gründungsschwindel, Geheimnisverrat	49					
		5.11.2 Verletzung von Buchführungspflichten, Bankrott	49					
		5.11.3 Vorenthaltung und Veruntreuen von Arbeitsentgelt	50					
		5.11.4 Betrug	50					
		5.11.5 Untreue						
		5.11.6 Insolvenzverschleppung	51					
		control incorrence of the control of	0.1					
6	Die	GmbH in der Krise	55					
_								
7	Aufl	ösung, Liquidation, Insolvenz der GmbH	59					
8	Kau	f und Verkauf von GmbH-Anteilen	63					
_	8.1							
	8.2	Die GmbH kauft ihre eigenen Anteile						
	8.3							
	0.5	Coorgang von Chieff interior in Dictaire	0,					
9	Beso	onderheiten bei der Unternehmergesellschaft						
	(haf	tungsbeschränkt)	69					
	9.1	Höhe und Aufbringung des Stammkapitals	69					
		9.1.1 Höhe des Stammkapitals	69					
		9.1.2 Kapitalaufbringung	70					
	9.2	Die Firmierung	70					
	9.3	Die Pflicht zur Rücklagenbildung	71					
		9.3.1 Bildung und Verwendung der Rücklage	71					
		9.3.2 Folgen eines Verstoßes gegen das Gebot						
		der Rücklagenbildung	72					

Inhalt ix

10	Grundlagen der Rechnungslegung						
	10.1 Überblick						
	10.2		ıbschluss				
		10.2.1	Größenklassen	76			
		10.2.2	Aufstellung	76			
		10.2.3	Prüfung	78			
		10.2.4	Feststellung				
		10.2.5	Offenlegung				
		10.2.6	Aufbewahrungsfristen				
		10.2.7	Zusammenfassung				
	10.3	Grunds	sätze ordnungsmäßiger Buchführung				
			lanzierung (GoB)	79			
	10.4						
	10.5		isverwendungsbeschlüsse				
		Ü	č				
11	Grui	ıdlagen	der Besteuerung	85			
	11.1		ngsprinzip				
	11.2		erung auf Ebene der GmbH				
		11.2.1	Körperschaftsteuer				
		11.2.2	Gewerbesteuer				
	11.3	Besteu	erung auf Ebene der Gesellschafter				
		11.3.1	Anteile im Privatvermögen				
		11.3.2	Anteile im Betriebsvermögen einer Personenge-				
			sellschaft oder eines Einzelunternehmers	90			
		11.3.3	Anteile im Betriebsvermögen einer Kapitalgesellschaft				
	11.4						
	11.5		kte Gewinnausschüttung (vGA)				
	11.0	verace	ate 30 minussonaturing (+ 311)	, ,			
12	Anla	gen		97			
	12.1						
		12.1.1	Gliederung der Bilanz nach § 266 HGB				
		12.1.2	Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung	,			
			nach § 275 HGB	99			
		12.1.3	Erläuterungen der Bilanz und der Gewinn-				
		12.1.5	und Verlustrechnung nach § 284 HGB	101			
		12.1.4	Sonstige Pflichtangaben nach § 285 HGB				
	12.2		lierungsbeispiele				
	12.2	12.2.1	Musterprotokolle gemäß Anlage zu	100			
		12.2.1	§ 2 Abs. 1a GmbHG	106			
		12.2.2	Muster Gesellschaftsvertrag (Satzung) für	100			
		12.2.2	Einmanngesellschaft	108			
		12.2.3	Muster Gesellschaftsvertrag (Satzung) bei	100			
		12.2.3	mehreren Gesellschaftern	109			
		1224					
		12.2.4	Muster Geschäftsführervertrag	11/			
		12.2.5	Muster Geschäftsordnung bei mehreren	104			
			Geschäftsführern	124			

x Inhalt

	12.2.6	Muster Einladung Gesellschafterversammlung	125
	12.2.7	Muster Einladung Folgeversammlung	126
	12.2.8	Muster Protokoll Gesellschafterversammlung	127
	12.2.9	Muster Gesellschafterbeschluss Vollversammlung	128
	12.2.10	Muster Nachfristsetzung Einzahlung	
		Stammkapital (Kaduzierung)	128
12.3	Wegwe	iser für die VOV D&O-Versicherung	129
12.4	Jahresb	ezüge von Geschäftsführern nach Branchen 2009	145
Sachverze	eichnis		147

## Abkürzungsverzeichnis

a. F. alte FassungAbs. Absatz

AktG Aktiengesetz
AO Abgabenordnung

BAG Bundesarbeitsgericht

BB Betriebs-Berater (Zeitschrift)

BetrAVG Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung

BewG Bewertungsgesetz BFH Bundesfinanzhof

BGB Bürgerliches Gesetzbuch

BGH Bundesgerichtshof

BGHZ Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen

bzw. beziehungsweise

DB Der Betrieb (Zeitschrift)

DM Deutsche Mark e. V. eingetragener Verein

evtl. eventuell

EStG Einkommensteuergesetz

EuroEG Gesetz zur Einführung des Euro

GenG Gesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften

(Genossenschaftsgesetz)

GmbH Gesellschaft(en) mit beschränkter Haftung

GmbHG Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung

GmbHR GmbH-Rundschau

GoB Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung

Halbs. Halbsatz

HGB Handelsgesetzbuch

HRefG Handelsrechtsreformgesetz
KapErhG Kapitalerhöhungsgesetz
KStR Körperschaftsteuerrechtlinien

LAG Landesarbeitsgericht

LG Landgerichte

Mio. Million(en) n. F. neue Fassung

NachwG Gesetz über den Nachweis der für ein Arbeitsverhältnis geltenden

wesentlichen Bestimmungen (Nachweisgesetz)

NJW Neue Juristische Wochenschrift

Nr. Nummer

o. ä. oder Ähnliches OLG Oberlandesgericht StGB Strafgesetzbuch

UmwStG Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei Änderung der

Unternehmensform

UWG Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vGA verdeckte Gewinnausschüttung(en)

vgl. vergleiche

WM Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift)

z. B. zum Beispiel

ZIP Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

## Kapitel 1 Die GmbH-Gründung

#### 1.1 Die Gründungsphasen

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) entsteht als juristische Person durch ihre Eintragung in das Handelsregister. Vor ihrer Eintragung besteht sie als solche nicht. Allerdings durchläuft die GmbH bis zu ihrer Eintragung zwei Gründungsphasen.

#### 1.1.1 Vorgründungsgesellschaft

Sobald sich die Gründer darüber einig sind, eine GmbH zu errichten, entsteht eine sog. Vorgründungsgesellschaft. Diese ist rechtlich i. d. R. eine Personengesellschaft in Gestalt der Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) oder aber im Falle des Betriebes eines Handelsgewerbes eine Offene Handelsgesellschaft (OHG). In beiden Fällen haften deren Gesellschafter persönlich und solidarisch.

#### Beispiel

A, B und C überlegen sich im Rahmen einer ihrer wöchentlichen Skatrunden, eine GmbH zu gründen. Sie beauftragen am nächsten Tag einen Notar mit dem Entwurf eines Gesellschaftsvertrages. In der Zwischenzeit mietet A im Einverständnis mit B und C bereits Büroräume für die noch zu gründende GmbH an, beauftragt eine Werbeagentur und nimmt an Ausschreibungen teil. Vertragspartner des Vermieters wird nicht die GmbH, sondern eine GbR aus A, B und C. Die drei Gesellschafter haften für diese Verpflichtungen auch mit ihrem Privatvermögen.

Die Besonderheit besteht hier darin, dass die später durch Eintragung entstehende GmbH mit der Vorgründungsgesellschaft nicht identisch ist. Es besteht keine automatische Rechtsnachfolge, Vermögen und Verbindlichkeiten aus dem Vorgründungsstadium gehen nur dann auf die spätere GmbH über, wenn eine Einzelrechtsnachfolge ausdrücklich vertraglich geregelt wird. Bei Verträgen bedarf dies der Zustimmung des dritten Vertragspartners. Die einmal begründete persönliche Haftung der Gesellschafter aus der Vorgründungsphase bleibt trotz Eintragung der GmbH bestehen. Leistungen, die die Gesellschafter bereits in diesem Stadium erbringen,

können nicht auf ihre spätere notarielle Verpflichtung zur Erbringung des anteiligen Stammkapitals angerechnet werden.

Mit der Vorgründungsgesellschaft wird unter den Gesellschaftern bereits ein vorvertragliches Vertrauensverhältnis mit der Folge begründet, dass die Gesellschafter zur gegenseitigen Rücksichtnahme verpflichtet sind. Im Falle der Verletzung dieses Vertrauensverhältnisses können sich Schadensersatzansprüche untereinander ergeben.

#### **Beispiel**

A, B und C verhandeln 2 Wochen über die Formulierung des notariellen Gesellschaftsvertrages und nehmen anwaltliche Beratung in Anspruch. Kurz vor Beurkundung eröffnet B dem A und dem C, dass er lieber mit D ein Ingenieurbüro eröffnen möchte und an der Errichtung der GmbH mit A und B kein Interesse mehr hat. Die Kosten für getätigte Aufwendungen, wie z. B. die Rechtsanwaltskosten für den Vertragsentwurf des Gesellschaftsvertrages hat B zu tragen.

#### 1.1.2 *Vor-GmbH*

Mit Abschluss des notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrages entsteht aus der Vorgründungsgesellschaft die sog. Vor-GmbH, welche auch als GmbH i. G. (in Gründung) bezeichnet wird. Die Vor-GmbH unterliegt bereits im Wesentlichen dem GmbH-Recht. Es besteht im Unterschied zur Vorgründungsgesellschaft auch Rechtskontinuität, d. h., die spätere GmbH ist Gesamtrechtsnachfolger der Vor-GmbH. Vermögen, Verträge und Verbindlichkeiten gehen mit Eintragung der GmbH ins Handelsregister automatisch auf die GmbH über.

Sofern die GmbH und ihre Geschäftsführer mit dem Beginn der Geschäftstätigkeit abwarten, bis die GmbH im Handelsregister eingetragen ist, bestehen im Rahmen der Gründung keine besonderen Haftungsrisiken.

Zumeist wird jedoch aber die Vorgründungsgesellschaft oder die Vor-GmbH bereits nach außen hin tätig (z. B. Anmietung von Geschäftsräumen, Erwerb von Anlagevermögen).

Für die im Namen der GmbH abgeschlossenen Geschäfte haftet die Vor-GmbH mit ihrem Vermögen. Daneben haften die Gesellschafter (Gründer) gegenüber der Gesellschaft unmittelbar persönlich, jedoch beschränkt auf die Höhe ihrer Einlageverpflichtung. Wird also im Stadium der Vor-GmbH das eingezahlte Stammkapital angegriffen (z. B. Mietzahlung, Werbeanzeige) haften die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile für den Differenzbetrag zwischen Stammkapital und nun noch vorhandenem Kapital (sog. Differenz- bzw. Unterbilanz- oder Vorbelastungshaftung). Zudem haben sie persönlich für alle Verluste einzustehen, die in der Phase der Vor-GmbH über den Verbrauch des eingezahlten Stammkapitals hinaus entstehen. Diese sog. Verlustdeckungshaftung besteht nicht gegenüber Dritten, sondern nur gegenüber der Gesellschaft selbst und ist nicht auf den Betrag des Stammkapitals oder den Nennbetrag des Geschäftsanteils beschränkt (unbeschränkte Innenhaftung).

#### Beispiel

A, B und C haben durch notariellen Vertrag eine GmbH mit dem Mindeststammkapital von  $25.000 \ \epsilon$  errichtet und unmittelbar danach bereits Waren in Höhe von  $150.000 \ \epsilon$  angeschafft. Die ersten Aufträge werden noch vor Eintragung ins Handelsregister ausgeführt, aber unter Einsatz des gesamten Wareneinkaufs nur ein Umsatz in Höhe von  $100.000 \ \epsilon$  erzielt. A, B und C haften der Gesellschaft gesamtschuldnerisch für den Verlust, der vom Stammkapital der Gesellschaft nicht gedeckt ist  $(25.000 \ \epsilon)$ . Daneben haften sie quotal auf (nochmalige) Einzahlung des Stammkapitals.

Die Eintragung einer GmbH in das Handelsregister wurde durch das Anfang 2007 in Kraft getretene Gesetz über das elektronische Handelsregister (EHUG) erheblich beschleunigt. Danach werden die zur Gründung der GmbH erforderlichen Unterlagen grundsätzlich elektronisch beim Registergericht eingereicht. Es kann dann unverzüglich über die Anmeldung entscheiden und die übermittelten Daten unmittelbar in das elektronisch geführte Register übernehmen. Angesichts der durch den elektronischen Registerverkehr inzwischen kurzfristig zu erlangenden Eintragung einer GmbH ins Handelsregister ist daher dringend von Geschäften im Vorgründungs- oder Vor-GmbH-Stadium abzuraten.

Neben der Vor-GmbH haftet schließlich auch derjenige gegenüber Dritten persönlich, der für die Gesellschaft im Rechtsverkehr handelt (sog. Handelndenhaftung). Diese trifft zumeist den Geschäftsführer, welcher für die GmbH auftritt. Handelnder im Sinne des § 11 Abs. 2 GmbHG ist derjenige, der im Namen der GmbH (nicht der Vorgesellschaft) im Rechtsverkehr als Geschäftsführer oder wie ein Geschäftsführer rechtsgeschäftlich handelt. Der Handelnde haftet aber nur gegenüber Dritten, nicht gegenüber der Gesellschaft oder den Gesellschaftern. Wird der Handelnde in Anspruch genommen, hat er sogar einen Erstattungsanspruch bzw. einen Freistellungsanspruch sowohl gegen die Vor-GmbH als auch später gegen die eingetragene GmbH als Rechtsnachfolger der Vor-GmbH.

#### **Beispiel**

C soll Geschäftsführer der neu zu gründenden AB-GmbH werden. Noch vor Eintragung im Handelsregister schließt er für die GmbH einen Kaufvertrag ohne darauf hinzuweisen, dass sich die GmbH noch in Gründung befindet. C haftet dem Vertragspartner für die Kaufpreisforderung mit seinem Privatvermögen. Nimmt ihn der Vertragspartner in Anspruch, kann er von der GmbH verlangen, dass diese für ihn bezahlt.

Mit der Eintragung der GmbH ins Handelsregister erlischt die Handelndenhaftung. Die Vor-GmbH ist bereits namens- und firmenrechtsfähig. Die spätere GmbH kann sich im Streit um die Priorität des Namens oder der Firma auf den früheren Gebrauchszeitpunkt berufen, wenn auch sie den Namen oder die Firma führt.

### 1.2 Das Gründungsverfahren

Der eigentliche Gründungsakt ist die Beurkundung des Gesellschaftsvertrages, der Satzung. Den notwendigen Mindestinhalt des Gesellschaftsvertrages regelt § 3 GmbHG. Der Gesellschaftsvertrag muss enthalten: die Firma und den Sitz der

Gesellschaft, den Gegenstand des Unternehmens, den Betrag des Stammkapitals, die Zahl und die Nennbeträge der Geschäftsanteile, die jeder Gesellschafter gegen Einlage auf das Stammkapital übernimmt. Änderungen der Satzung in diesen Punkten bedürfen der notariellen Beurkundung.

#### **Beispiel**

Die ABC-GmbH hat als Satzungssitz Dresden, Bürostraße 1. Hier würde bereits der Umzug in eine andere Straße in Dresden eine notarielle Satzungsänderung erforderlich machen. Gleiches gilt, wenn C plötzlich nicht mehr in der Firmierung auftauchen und die GmbH unter AB-GmbH firmieren soll.

Anschließend erfolgt durch sämtliche bestellte Geschäftsführer die Anmeldung der Gesellschaft zum Handelsregister bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat. Ist die Gesellschaft ordnungsgemäß errichtet und angemeldet, wird sie im Handelsregister eingetragen.

Vor dem 01.11.2008 konnte eine GmbH nur dann in das Handelsregister eingetragen werden, wenn bereits bei der Anmeldung zur Eintragung eine etwa erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigung vorlag (z. B. Gaststättenerlaubnis, Handwerksrolle, gewerberechtliche Erlaubnis). Dadurch kam es teilweise zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen. Heute müssen die GmbH-Gründer keine staatlichen Genehmigungsurkunden mehr zur Eintragung der Gesellschaft beim Registergericht einreichen. Dies führt dazu, dass die typischen Vorbereitungshandlungen schneller dem Schutz der Haftungsbeschränkung unterliegen. Die konkrete Tätigkeit selbst darf trotzdem erst mit der Erteilung der erforderlichen Genehmigung begonnen werden.

Das GmbH-Gesetz stellt im Anhang zu § 2 Abs. 1 a ein Musterprotokoll bzw. einen Muster-Gesellschaftsvertrag zur Verfügung. Diese Musterprotokolle sind aber so allgemein und unbestimmt gehalten, dass sie allenfalls für Einmanngesellschaften tauglich sind. Es fehlen jegliche Regelungen zur Erbfolge, zur Einziehung, zur Abfindung ausscheidender Gesellschafter usw. Bei mehreren Gesellschaftern ist dringend ein ausformulierter und auf den jeweiligen Einzelfall zugeschnittener Gesellschaftsvertrag zu empfehlen.

### 1.3 Die Firmierung

Die Firma eines Kaufmanns ist der Name, unter dem er seine Geschäfte betreibt. Die GmbH ist nach § 6 Abs. 1 HGB als Handelsgesellschaft Kaufmann kraft ihrer Rechtsform.

Nach § 6 GmbHG muss die Firma einer GmbH zwingend die Bezeichnung "Gesellschaft mit beschränkter Haftung" oder eine allgemein verständliche Abkürzung dieser Bezeichnung enthalten (Rechtsformzusatz GmbH).

Die Firmierung ist ansonsten grundsätzlich frei, zulässig sind reine Phantasiefirmen; Sachfirmen, die den Unternehmensgegenstand oder Produkte für die Namensbildung nutzen; Personenfirmen, die den Namen des oder der Gesellschafter